

APOLOGETISCHE

BLÄTTER

Mitteilungen des Apologetischen Instituts des Schweizerischen katholischen Volksvereins

Zürich, Auf der Mauer 13 Telefon 28 54 58 Postcheck-Konto Zürich VIII 27842

Erscheint zweimal monatlich. Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet.

Nr. 21

10. Jahrgang

15. November 1946

INHALT: Der parteipolitische Sozialismus: Das «sozialistische Zeitalter» — Stärke und Bedeutung des parteipolitischen Sozialismus — Berichte der Konferenz von Clacton on Sea: England, Frankreich und Italien, Holland und Belgien, Skandinavien, Finnland. Motive neuer Erziehung: Suchen nach neuen Formen — Zum Problem der kath. Internatserziehung — Dr. A. Burger: «Das Gefahrenmoment in der Internatserziehung männlicher, studierender Jugend und seine positive Begegnung» — Dilger: »Giovanni Bosco« — Erziehung zu Lebensnähe.

Ex urbe et orbe: Menschenrechte in Menschenhänden: Die Kath. Vereinigung Amerikas verlangt Bürgerschaft der Menschenrechte — Das Ende der Tragödie der Sudetendeutschen? — Zwangsarbeiter für das Arbeiterparadies — Deportation oder Reparation?

Buchbesprechungen: Walter Nigg: «Grosse Heilige» — G. Fessard: «France prends garde de perdre ta liberté».

Zur geistigen Lage der Gegenwart

Der parteipolitische Sozialismus

Im Juliheft 1946 der «Schweizer Monatshefte» spricht Peter Dürrenmatt von der heutigen Zeit als vom «sozialistischen Zeitalter». Er sieht dieses sozialistische Zeitalter durch zwei Faktoren gestaltet, den Parteisozialismus und den Sozialismus als Zeitgeist. Der Parteisozialismus ist für ihn die Sozialdemokratie, die er an das «liberale Erbe» erinnert, das sie unzweideutig abheben soll vom Kommunismus. Von der gemässigten sozialistischen Parteibewegung kann man mit Hans Oprecht sagen, sie sei «heute eine Weltbewegung geworden». Der Artikel über den parteipolitischen Sozialismus soll diese sozialdemokratische Weltbewegung auf ihre Stärke und Bedeutung hin untersuchen, das gegenwärtig besonders Charakteristische an ihr herausstellen und auf ihre zukünftige Weiterentwicklung achten, soweit sich diese in der gegebenen Situation schon vorgezeichnet findet.

Unser heutiger Beitrag kann sich nur mit der Frage nach der Stärke und Bedeutung der heutigen sozialistischen Bewegung befassen. Die Grundlage für diesen Teil bilden die Berichte an der sozialistischen Konferenz von Clacton on Sea in England vom 17./20. Mai 1946, zu der die englische Arbeiterpartei die Vertreter aller sozialistischen Arbeiterparteien der Welt, mit Ausnahme derjenigen von Deutschland, Bulgarien und Griechenland eingeladen hat. An der Konferenz waren vertreten: Argentinien, Oesterreich, Belgien, Kanada, Tschechoslowakei, Dänemark, Finnland, Frankreich, Holland, Ungarn, Italien, Neuseeland, Norwegen, Palästina, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz und England.

Die Berichte entnehmen wir einer Broschüre von Nationalrat Dr. Hans Oprecht, dem Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz: «Der Sozialismus in Europa». Die Delegiertenberichte bringt Dr. Oprecht in der Reihenfolge: England, Argentinien, Oesterreich, Belgien, Kanada, Tschechoslowakei, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Holland, Ungarn, Neuseeland, Norwegen, Palästina, Polen, Rumänien und Schweden. — Ueber die Schweiz bringt die Broschüre keinen Bericht.

I. Stärke und Bedeutung

Wir veranschaulichen die heutige Stärke und Bedeutung des gemässigten Sozialismus an einer Länderübersicht mit detaillierten Angaben über Wahlergebnisse, sozialistische Einflussnahmen auf das geschäftliche Leben, sozialistische Stimmung und Haltung. Die Zitate sind der bereits genannten Schrift von Dr. Hans Oprecht entnommen und, was man bei der Lektüre nicht vergessen darf, sozialistischen Ursprungs.

Ueberschaut man anhand der Uebersicht die ganze Entwicklung, so muss man feststellen, dass die neue Weltbedeutung des gemässigten politischen Sozialismus in der Hauptsache auf dem Sieg der britischen Labourpartei beruht. Das Verlangen nach Sicherung des Friedens und der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse hat die Mehrheit des englischen Volkes sich nach dem Krieg für die durchaus unmarxistische Labourbewegung entscheiden lassen. Die sowjetrussische Aussenpolitik in den Jahren 1939 bis 1941 und das Verhalten der russischen Besatzungsmacht haben mitgewirkt, dass der Kommunismus in England wenig Anklang fand. Der sozialdemokratische Vorstoss in England hat dann den sozialdemokratischen Bewegungen Westeuropas den Mut gegeben, auf die bereits eingeleitete Orientierung nach dem sozialistischen Radikalismus hin zu verzichten und die aufgenommenen Fusionsverhandlungen mit den kommunistischen Parteien wieder abubrechen.

Die Bedeutung der sozialistischen Bewegungen ausserhalb Englands darf man aber nicht überschätzen. In den meisten Ländern haben die Sozialisten nicht mehr erreicht als ihren früheren Stand. In einigen Ländern stehen sie noch bedeutend hinter dem früheren Höchststand zurück. In Frankreich geht der Sozialismus mehr und mehr zurück zugunsten des Kommunismus. Dass man sozialistischerseits mehr erwartete, geht aus den Gründen hervor, die man sucht, um die ausgebliebenen besseren Erfolge zu erklären.

So wird geltend gemacht, «dass die kommunistischen

Parteien in den letzten Jahren dank dem grossen Prestige der Roten Armee und der Sowjetunion wesentlich grössere Erfolge erzielen konnten, als durch ihre Einmischung in die Klassenkämpfe in ihren eigenen Ländern» («Rote Revue», Sept. 1946, S. 311).

Für manche Länder wird zugegeben, dass der Sozialismus sich durch die Zusammenarbeit mit den Besetzungsmächten kompromittiert habe. Um nur ein Beispiel zu nennen, sei auf die Erklärung des französischen Vertreters in Clacton hingewiesen: «Zur Zeit des Waffenstillstandes brach der französische Sozialismus zusammen. Die Mehrheit stimmte für Pétain und liess das Parlament und die Genossen im Stich. An unserem ersten Nachkriegskongress wurden 82 Abgeordnete ausgeschlossen, darunter Männer mit einer langen sozialistischen Vergangenheit, deren einziges Verbrechen darin bestand, dass sie für Pétain gestimmt hatten. Jetzt sind wir knapp an führenden Köpfen, aber wir sind überzeugt, dass diese Reinigung notwendig war, obgleich viele der Ausgeschlossenen unsere persönlichen Freunde waren.»

Hans Oprecht gibt in seiner Broschüre einen weiteren Grund an, weshalb nach seiner Meinung die Sozialisten in einigen Ländern weniger gute Resultate erreichten. Er meint, in denjenigen Staaten, in denen die Sozialistische Partei selbständig und unabhängig von den Kommunisten den Wahlkampf geführt habe, habe sie gut abgeschnitten. Dasselbe gelte auch in bezug auf Koalitionen und Verbindungen der Sozialistischen Partei nach rechts zu den bürgerlichen Parteien hin. Dort, wo die Sozialistische Partei aber schwankte, sich bald in Fusionsverhandlungen, Aktionsgemeinschaften mit den Kommunisten usw. einliess, habe sie die Zeche im Wahlkampf bezahlen müssen. Wir werden auf diesen Grund noch im zweiten Teil des Artikels in der nächsten Nummer zu sprechen kommen.

England

Die Führung des Weltsozialismus liegt heute unbestritten bei der britischen Labourpartei. Bei den Wahlen vom 5. September 1945 erzielte sie eine klare Mehrheit im Unterhaus, wurde Regierungspartei und ging mit Ernst an die Durchführung ihres Sozialisierungsprogramms. An der internationalen sozialistischen Konferenz von Clacton on Sea in England (Mai 1946) erklärt Finanzminister Dalton: «Wird aber das gegenwärtige Fortschritts-tempo eingehalten, dann könnten wir unser Wahlprogramm innerhalb 3 Jahren realisieren». Dieses Wahlprogramm sieht für die ersten fünf Jahre Regierungszeit die Nationalisierung von mindestens 20 % der britischen Industrie, darunter die Grund- und Schlüsselindustrien, vor. Dalton berichtete an der Konferenz von Clacton: «Wir behielten die Kontrolle über die Kapitalentwicklung in der Hand und konnten auch grosse Grundstücke übernehmen. Wir haben das Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Angriff genommen . . . Ich war bestrebt, die Steuern auf höhere Einkommen, sowie die Erbschaftssteuern auf grossen Vermögen aufrechtzuerhalten oder zu steigern und gleichzeitig die Steuern auf kleinen Einkommen herunterzusetzen. Es ist zu hoffen, dass die Ueberführung von Unternehmungen in öffentlichen Besitz weiterhin die Steuern verringern, die Produktivität steigern und gleichzeitig den Lebensstandard erhöhen wird.» Zu einem Londoner Bericht in der «Neuen Zürcher Zeitung», die Gegensätze im heutigen England seien «nur zum Teil prinzipieller Natur, und an der vorsichtigen Wirtschaftspolitik Morrisons, die sich gerade in der Sozialisierungsfrage bekunde, hätten eigentlich auch die Konservativen wenig mehr auszusetzen», meint Hugo Kramer: «Allein das mag eine Täuschung über die Tragweite der ‚stillen Revolution‘ sein, die jetzt in England vor sich geht, und spricht wohl eher für die seit über hundert Jahren mehr als einmal bekundete Bereitschaft der britischen Oberschicht, Umwälzungen der Herrschaftsverhältnisse im Frieden anzunehmen, wenn ein ausgeprägter Volks-

wille dahinter steht.» («Neue Wege», Sept. 1946, S. 430.) — So sucht die Labourpartei im Rahmen des Kapitalismus und mit den konstitutionellen Mitteln ein sozialistisches England aufzubauen. Sie hofft damit gleichzeitig die Sowjetunion, mit der sie freundschaftliche Beziehungen zu pflegen wünscht, überzeugen zu können, dass es ihre Interessen nicht schädige, wenn in andern Ländern der Sozialismus mit andern als kommunistischen Mitteln durchgeführt wird.

Frankreich und Italien.

Für Frankreich liegen bereits drei Wahlergebnisse zum Vergleich vor, die vom 21. Oktober 1945, 2. Juni 1946 und 10. November 1946. Am 2. Juni hatten die Kommunisten 5,203,046 Stimmen, was im Vergleich zum Oktober 1945 eine leichte Verminderung bedeutet; die Sozialisten hatten 4,189,110 (Verlust 300,000); das M. R. P. (Mouvement Républicain Populaire) hatte 5,589,213 Stimmen und damit einen bedeutenden Aufstieg. Am 10. November hatten die Kommunisten 5,475,055 Stimmen, die Sozialisten 4,454,080, das M. R. P. 5,033,430. Nach dem neuen Wahlergebnis sind die Kommunisten die stärkste Partei.

Unter Beteiligung der Sozialisten hat die Regierung von Oktober 1945 bis Mai 1946 die Nationalisierung der Banken, der Versicherungsgesellschaften, des Kreditwesens, der Gruben und der Elektrizitätswirtschaft durchgeführt. Aber die Verfassungsvorlage, zu der die Sozialisten den grössten Beitrag leisteten, wurde am 5. Mai 1946 verworfen. Ein französischer Vertreter an der Clacton-Konferenz sagte dazu: «Hauptgrund für die Ablehnung war die schwierige Lebensmittelversorgung; es gab zwar keine Hungersnot, aber grösste Knappheit. Zweitens war das Wahlsystem sehr unbeliebt. Drittens wurde den Bauern durch Propaganda eingeredet, die Verfassung würde zur Aufhebung des privaten Landbesitzes führen. Viertens bestand eine politisch-psychologische Angstwelle, die Kommunisten würden mit Hilfe der Verfassung eine Diktatur errichten.» Die französischen Sozialisten haben im November 1944 den Kommunisten die Fusion ihrer Parteien vorgeschlagen. «Die Ereignisse haben bewiesen, dass eine organische Einheit jetzt unmöglich ist; unsere Hauptaufgabe ist es gewesen, einen sozialistisch-kommunistischen Konflikt zu vermeiden. Wir mussten zu diesem Zweck unsere Stellung klar festlegen. Die Sozialisten hätten den Delegierten der Kommunistischen Partei klare Fragen stellen sollen. Wir haben das nicht getan und damit Verwirrung und Enttäuschung bei den Arbeitern hervorgerufen. Das ist auch der Grund, warum die kommunistischen Jugendorganisationen stärker sind als unsere.»

In Italien brachten die Wahlen vom 2. Juni 1945 drei grosse Parteien, wie in Frankreich: Christliche Demokraten (8,830,208 Stimmen), Sozialisten (4,744,749), Kommunisten (4,342,722). An der Clactoner Konferenz äusserte ein italienischer Vertreter: «Viele, die aus der Sozialistischen Partei austraten und zu den Kommunisten gingen, sind jetzt im Begriff, wieder zu uns zurückzukehren, denn es wird immer klarer, dass die Kommunisten in Italien nicht demokratisch sind . . . Die Zukunft des Sozialismus in Italien sieht sehr dunkel aus, aber die Partei ist zuversichtlich und hofft, den Sozialisten werde es gelingen, einen sozialistischen Staat aufzubauen, der mit der übrigen Welt zusammenarbeiten wird.»

Holland und Belgien

In Holland (Wahlen am 17. Mai 1946) verdreifachten, im Vergleich zu 1937, die Kommunisten ihre Stimmenzahl. Sie nahmen den Sozialisten, die sich während der deutschen Besetzung an der Macht befanden, Wähler weg. Resultate der Katholischen Volkspartei: 32 Sitze, der (sozialistischen) Arbeiterpartei: 29, der Kommunisten: 10. — Der Clactoner Vertreter sagt zur sozialistischen Lage in Holland: Seit der Befreiung ist die Partei neu organisiert worden, denn es war offenkundig, dass viele Leute, die nie der Partei beigetreten waren, sozialistisch dachten. Die Leute wollten nach der deutschen Unterdrückung keinen Kapitalismus mehr. Viele von ihnen standen in der holländischen Volksbewegung und ihre Haltung zum Sozialismus ging von katholischen Gedankengängen aus. Im Februar haben wir uns mit der holländischen Volksbewegung, mit den Radikalen und einigen Widerstandsgruppen vereinigt, um

mit neuen Menschen eine neue Arbeiterpartei zu bilden.» Und zu den Wahlen vom 17. Mai: «Wir haben eine Niederlage erlitten und einen Siebentel unserer Stimmen verloren. Es war auch eine Niederlage für die Konservativen, jedoch ein Sieg für die Katholiken. Die wahren Sieger aber sind die Kommunisten, mit einem Drittel mehr Stimmen als die Sozialdemokraten.»

Die Wahlen in Belgien vom 17. Februar 1946 zeigten eindeutiges Vorrücken der Katholiken und der Kommunisten im Vergleich zu den Wahlen von 1939. Die Kommunisten nahmen den Sozialisten Stimmen weg, diese wieder den Liberalen, die in den Wahlen stark unterlagen. Resultate: Katholiken 91 Sitze (Gewinn 19), Sozialisten 69 (Gewinn 5), Kommunisten 23 (Gewinn 14), Liberale 23 (Verlust 15). Ueber die kommunistisch-sozialistische Situation in Belgien wurde an der Clactoner Konferenz mitgeteilt: «Unter den belgischen Genossen aus dem Londoner Exil traten viele für eine Fusion ein, und unter den Arbeitern, die glaubten, dass die UdSSR ein sozialistischer und demokratischer Staat werden würde, bestand ein echter Wunsch nach Einheit. Die Sozialisten waren jedoch der Ansicht, das Prestige der Kommunistischen Partei, das diese der UdSSR verdanke, würde wieder abnehmen, während andererseits die kommunistischen Methoden den belgischen Arbeitern nicht liegen würden. Mit Rücksicht auf die Arbeiter, die gemeinsame Aktion wünschten, wurden gemeinsame Demonstrationen abgehalten. Aber die beiden Parteien haben getrennte Organisationen und getrennte Ziele. Die Kommunistische Partei wünscht an der Regierung beteiligt zu sein, um zu wissen, was vorgeht, und um die Kontrolle über die Verwaltung zu behalten.»

Skandinavien

In Norwegen siegten bei den Wahlen vom 8. Oktober 1945 die Sozialisten, die 76 Sitze errangen, die Kommunisten 11. Es wurde eine sozialistische Regierung gebildet unter Ausschluss der Kommunisten. «Die norwegische Sozialistische Partei sympathisiert mit der russischen Revolution», erklärte A. Ordning, Sekretär der Arbeiterfraktion im Parlament, in Clacton. Aber er fuhr fort: «Während der Besetzung trafen viele Sozialisten in Gefangenenlagern mit Kommunisten zusammen; auf dem Hintergrund gemeinsamer Diskussion erblickten sie Möglichkeiten für eine Fusion. Anfänglich gingen die Kommunisten so weit, ideologisch die Möglichkeit zu akzeptieren, den Sozialismus auf friedlichem Wege zu verwirklichen. Als es wirklich danach aussah, als ob die Einheit zustandekommen sollte, begann die Kommunistische Partei in der Presse mit Attacken auf die sozialistischen Führer und beschuldigte sie der Kollaboration. Gerichtlich belangt, musste der Präsident der Kommunistischen Partei seine Aussagen widerrufen. Der ganze Angriff war nur erfolgt, um die Fusion zu verhindern.» — Die norwegische sozialistische Regierung will jetzt die Landwirtschaft und den Fischfang sozialisieren. Für ein Wohnungsbauprogramm von 100,000 Wohnungen hat sie eine staatliche Wohnungsbank gegründet. Sie plant neue Eisen- und Stahlwerke und hat die Aktiengewinne auf fünf Prozent begrenzt.

In Dänemark (Wahlen am 28. Oktober 1945) starke Zunahme der Kommunisten (1938 drei Mandate, jetzt 18). Schwere Verluste der Sozialisten (sie erhielten 48 Mandate und verloren 18), die während der deutschen Besetzung an der Macht waren. Der dänische Vertreter in Clacton sagte dazu: «Trotz den guten materiellen Bedingungen gab es verschiedene Gründe für diesen politischen Umschwung. Es bestand eine leichte Verschlechterung der Lebensbedingungen sowie ein Streikverbot, und die kommunistische Propaganda nützte diese beiden Punkte eifrig gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten aus. Die Kommunisten brachten es fertig, das Volk vergessen zu lassen, wie sie sich in den ersten Monaten des Krieges eingestellt hatten, als sie die Neutralität anprangerten und die Sozialdemokraten beschuldigten, die Hohnhunde des britischen Imperialismus zu sein.»

In Schweden brachten die Wahlen vom 17. September 1944 eine starke Zunahme der Kommunisten, die Sozialisten blieben jedoch die stärkste Partei. Der schwedische Minister für öffentliche Wohlfahrt, G. Möller, erklärte zu den sozialistisch-kommunistischen Beziehungen in Schweden: «Die Beziehungen zwischen der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei

sind sehr ähnlich wie in Norwegen und Dänemark. Die Kommunistische Partei wollte die Einheitsfront, wobei ihr Ziel war, in die Regierung zu kommen, um sich auf diese Weise zu legalisieren. Wir sahen, dass sie ein doppeltes Spiel spielte und dass auf sie kein Verlass war. Es kann darum eine wirkliche Zusammenarbeit nicht in Frage kommen.»

Finnland

In Finnland gewann in den Wahlen vom 17. Mai 1945 die Demokratische Volksunion (pro-russische Sozialdemokraten, Agrarier und Kommunisten) Sitze auf Kosten der pro-deutschen Sozialdemokratischen Partei Tanners. Die Mitteilungen U. Varjonens, des Sekretärs der Sozialistischen Partei Finnlands, in Clacton, über die Wahlen und die seitherige Situation sind sehr aufschlussreich: «Bei diesen Wahlen erhielten die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen 99 Sitze gegenüber früher 85 Sitzen der Sozialdemokraten allein. Zwischen den beiden Gruppen war es vielerorts zu Fusionen gekommen; von den erwähnten Sitzen fielen 49 Sitze an fusionierte Gruppen (wovon 42 mit kommunistischen Kandidaten) und 50 an Sozialdemokraten. Ein weiteres Glied der Einheitsfront, die Agrarier, erhielten 49 Sitze. In die restlichen 250 Sitze teilten sich die bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Agrarier bildeten einen parlamentarischen Block, der aber nicht sehr erfolgreich gewesen ist.

Unter diesen Umständen sieht sich die Sozialdemokratische Partei einem schweren Druck ausgesetzt. Wie auch in andern Ländern haben die Kommunisten versucht, ihre Unabhängigkeit durch Infiltration zu brechen. Zum Teil wurde diesen Versuchen entgegengetreten; seit dem Waffenstillstand hat sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt, aber wichtige Posten in der Regierung und andere mussten mit kommunistischen Sympathisanten besetzt werden. Trotzdem hat die Partei ihre Unabhängigkeit soweit wie möglich bewahrt. Sie ist gewillt, mit den Kommunisten in Fragen wie der Nationalisierung der Industrie zusammenzuarbeiten, aber die Kommunisten sind gegenwärtig auf eine solche Nationalisierung nicht sehr erpicht, da sie die Zahlung der Reparationen an die Russen störend beeinflussen könnte.

Wie man sieht, bestehen bei uns drei Hauptprobleme: die Aufrechterhaltung der nationalen Unabhängigkeit in einer schwierigen internationalen Situation, die Zahlung der Reparationen und die Lösung der schwierigen internen Probleme wirtschaftlichen und politischen Charakters. Ueber den ersten Punkt macht sich Finnland keine Illusionen, aber auch der Pessimismus ist im Abnehmen. Alles hängt von der internationalen Sicherheit ab, denn nur dann kann Finnland auf eine grosszügige Haltung der Sowjets rechnen. Die Arbeiterbewegung hat grosse Ziele vor sich. Bereits hat sie das wirtschaftliche Leben des Landes fester angepackt. Aber diese Umwandlung muss ohne totalitäre Methoden geschehen, was ohne eine erfolgreiche Lösung des internationalen Problems unmöglich ist.

Was die Reparationen betrifft, so können diese ohne ausländische Kredite und ohne Lieferung von Rohmaterialien nicht weiter bezahlt werden. Finnland ersehnt inständig internationale Stabilität und die Öffnung der Handelswege. Die Steigerung des Lebensstandards ist allerdings ausserordentlich schwer zu lösen; denn Finnland verlor im Krieg zwei Prozent seiner Gesamtbevölkerung, während die zehn Prozent aus den abgetretenen Gebieten neu angesiedelt werden müssen. Dies setzt weitgehende Massnahmen von Bodenreform voraus und stellt uns vor ungeheure Wohnprobleme.

Auf der innenpolitischen Bühne haben die Sozialdemokraten eine Schlüsselstellung inne, aber ihre Situation ist keineswegs leicht. Die Kommunisten kämpfen wuchtig und haben offenkundig verschiedene wichtige Einflüsse auf ihrer Seite.

Unser Sieg wird vor allem davon abhängen, ob die sozialdemokratischen Kräfte im Weltmasstab zusammenwirken können bei der Festlegung ihrer Haltung gegenüber der Sowjetunion. Kommt zwischen den Demokratien und der Sowjetunion auf internationaler Basis ein Ausgleich zustande, dann wird auch ein entsprechender Ausgleich der Ideen und Ansichten folgen. In diesem Sinne misst Finnland der internationalen Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien in der ganzen Welt eine ausserordentliche Bedeutung zu.» (Fortsetzung folgt.)

Motive neuer Erziehung

Die Frage der Erziehung beginnt langsam immer weitere Kreise zu beunruhigen. Das muss als gutes Zeichen bewertet werden. Man spürt, dass schwerwiegende Fehler begangen worden sind und immer noch begangen werden. Man sucht nach neuen Grundlagen und neuen Formen der Bildung und Erziehung unserer jungen Generation. Auf der Tagung der «Schweiz. Gemeinnützigen Gesellschaft» in Yverdon hat vor allem der Basler Seminar-Direktor Dr. Carl Günther eindrucksvoll und im Bewusstsein schwerer Verantwortung die Forderung nach einer «Neu-Organisation» des Schulwesens erhoben. Es geht also nicht mehr um kleine Reformen, um Stundenplanverbesserungen, um neue Fächer oder Abbau des immer noch fröhlich angehäuften Wissensstoffes. Was not tut, ist ein grundsätzlich neuer Aufbau des Schulwesens. Die Fundamente sind brüchig und wackelig geworden. Es hat also wenig Sinn, am Dach herum zu flicken und ein paar harmlose Verbesserungen vorzuschlagen, man muss den Mut endlich aufbringen, etwas Tapferes zu tun, von Grund auf neu anzufangen: Neu-Organisation, sagen wir ruhig: Neu-Orientierung des Erziehungsdenkens.

Es bedeutet uns Genugtuung, dass wir auf zwei wertvolle Publikationen verweisen können, die in letzter Zeit auf katholischer Seite erschienen sind, und wenigstens ein Teilproblem aus dem grossen Sektor der Erziehung gründlich beleuchten und zum Teil mit beachtenswerten Vorschlägen bereichern. Es handelt sich um das auf kath. Seite stets wichtige Gebiet der Internats-Erziehung. Wenn wir uns auch dabei bewusst sind, dass gerade unsere kath. Internate durch ihre klare weltanschauliche Ausrichtung allein schon eine wichtige und bedeutsame erzieherische Leistung vollbringen, so möchten wir darüber doch nicht vergessen, dass diese Leistung sich nur voll auswirken kann, wenn die weltanschaulichen Grundpfeiler auf psychologisch und pädagogisch beste Weise in der jugendlichen Seele festgerammt werden. Das dürfte wohl ein Hauptanliegen beider Veröffentlichungen sein. Auch ist es überflüssig zu bemerken, dass beide Schriften nicht nur schweizerische Internatsverhältnisse vor Augen haben, sondern das Internat sehen, wie es sich im Laufe der letzten Jahrhunderte in ganz Mitteleuropa ausgebildet hat. Beide Schriften berücksichtigen zudem nicht bloss katholische, sondern sämtliche Internats-Anstalten.

I.

Ueber «Das Gefahrenmoment in der Internatserziehung männlicher, studierender Jugend, und seine positive Begegnung», Luzern 1945, schreibt Dr. A. Burger, Direktor der Anstalt Hohenrain (Luzern) eine sachlich-nüchterne, aber aus langen Studien heraus destillierte Schrift. Nicht um «Nachteile, Schattenseiten aufzuspüren, sondern um zu zeigen, dass Gefahren vorhanden sind und wie sie vor allem erzieherisch gar nicht ausgeschaltet oder vorsichtig umgangen, sondern klaren Blickes mutig angepackt und ausgemünzt werden sollen im Sinne des Erziehungszieles», ist das Anliegen Burgers, wie im Geleitwort versichert wird. Ein weit ausholender historischer Rückblick zeigt zuerst, wie in früheren Jahrhunderten die Gefahren der Internatserziehung beachtet und bekämpft wurden. Wertvoller scheint uns der zweite Teil, der eine ausgezeichnete «Systematik der Gefahren und ihre Pädagogik» gibt. Hier wird, u. W. zum erstenmal in ruhiger, aber nachdrücklicher Art der

Finger auf all die weichen Stellen und verhärteten Krusten gelegt, an denen die Internatserziehung meist so reich ist. Es werden gerecht, aber ohne Verschleierung, jene Gefahren aufgezeigt, die aus der Abgeschlossenheit von der Aussenwelt erstehen: Lebensfremdheit, Weltferne, die sich im sozialen Verhalten auswirkt und oft den Verlust des Kontaktes mit anderen Volksschichten und Berufen zur Folge hat. Lebensfremdheit noch stärker dem anderen Geschlecht gegenüber, die nicht selten das spätere Ehe- und Familienleben störend beeinträchtigt oder gar eine seelische Eheunfähigkeit verursacht. Sorglosigkeit und Naivität hinsichtlich der wirtschaftlichen Seite des Lebens, die nicht selten falsche Erwartungen an die eigene Zukunft und darauf folgende bittere Enttäuschungen zur Folge hat. Dazu kommt eine starke Beeinflussbarkeit und oft auch Passivität den wichtigen weltanschaulich-religiösen Fragen gegenüber. Es fehlt jene lebendige, echte Auseinandersetzung, die entsteht, wenn die eigene Ueberzeugung sich am tatsächlichen Gegner bewähren muss. Darum die Versager, wenn das Leben mit den rücksichtslosen Forderungen an solche Menschen herantritt.

Eine weitere Gefahrenquelle, nach unserer Ansicht die bedenklichste, ergibt sich aus der «Massenerziehung» (S. 102). Dieses kurze Kapitel möchten wir als das bestgelungene des Buches ansehen. Burger weiss um die gefährlichen Nivellierungstendenzen des Massengeistes, der Gruppenmoral. Er schildert eindrucklich die Gefahr der Milieusuggestion, der Gefühls-Ansteckungen, ja der physischen Blockbildung, die das Erstarren der individuellen Personkräfte, der seelischen Selbständigkeit gefährden und ein falsches Ehrgefühl züchten können. Hier weiss Burger sich einig mit Autoritäten katholischer Pädagogik: Linus Bopp; J. Schröteler.

Das dritte Gefahrenmoment, das aus der Gleichgeschlechtlichkeit der Zöglinge untereinander, der Zöglinge und Erzieher, entsteht, ist bekannt: es fehlt vor allem jüngeren Zöglingen das «mütterliche Prinzip», es fehlt die Nestwärme des Familienlebens, und es fehlt dem geschlechtlich sich entwickelnden Jugendlichen jene natürliche Spannung zum anderen Geschlecht, die einerseits alle übermässigen Spannungen der Phantasie, andererseits aber auch die Gefühlsarmut und Gehemmtheit harmonisieren könnte. — Zu diesen Gefahren hinzu kann trotz vieler Vorteile einer festen Tages- und Hausordnung die Starre mancher Statuten und Vorschriften treten, die eine Mechanisierung und Schablonisierung der persönlichen Haltung bewirken, und den jungen Menschen daran gewöhnen können, den Weg des geringsten Widerstandes, den der Legalität, zu gehen.

Endlich macht Burger auch aufmerksam auf die Gefahr, die sich durch die Erziehung familienfremder Berufserzieher ergibt. Die Frage der «Autorität» in der verstrickenden Fülle der Alltagsfälle eines geschlossenen Betriebes wird wieder sachlich vornehm aufgezeigt.

Nun würde unsere Aufzählung einen gänzlich falschen Eindruck erwecken, würden wir nicht ebenso stark betonen, dass Burger für jede einzelne Gefahr auch die Mittel der Begegnung emsig und pädagogisch weitblickend zusammenträgt. Auch wird er nie müde zu erklären, dass diese Schattenseiten nur dort sein können, wo die entsprechenden Sonnenstrahlen leuchten, wo bedeutende Vorteile der beliebten Internatserziehung sich längstens bewährt haben.

Trotzdem, es wird einem nicht mehr ganz wohl beim Ueberdenken dieses grossen Fragenkomplexes, Gefahren

lassen sich zwar aus einer Erziehungsmethode ebenso wenig eliminieren wie aus dem Menschenleben überhaupt. Aber wenn auch 75 % aller Internatszöglinge solche Gefahren relativ gut überstehen oder an ihnen sogar wachsen und sich gut entwickeln (denken wir an die hervorragenden Staatsmänner, Kirchenfürsten, Aerzte, Juristen usw., die aus den Internaten schon hervorgingen!), dürfen wir die übrigen 25 %, die z. T. schweren, z. T. leichteren Schaden nehmen, gleichsam als Kaufpreis hinwerfen?

II.

Eine Antwort versucht Dilger in seinem «Giovanni Bosco» zu geben. Der temperamentvolle Rektor von Willisau hat das Leben und Wirken des genialen Jugendfürsorgers in einem prachtvollen, geistsprühenden Bändchen, das in der Sammlung «Kämpfer und Gestalter» (Olten 1946) herauskam, von aller Patina der Verharmlosung und Naivität befreit und ihm aufs neue den Glanz der lebensechten Spontaneität gegeben. Es ist keine geschickte und flüssige Darstellung, die brav und traditionsbewusst den grossen Italiener in ein überliefertes Schema einordnet und ihn so aller Stosskraft beraubt. Nein, es funkelt und blitzt, es grollt und stürmt in diesem Leben. Wir sind nicht mehr gähnende Leser eines todlangweiligen Heiligenlebens, sondern Zeugen eines Dramas, das uns im Innersten betrifft. Hier werden auch die Gefahren erlebt, die ein Internat bedrohen. Und ein Mutiger wagt es, neue Wege zu beschreiten, um diese Gefahren zu bannen. Ist es Bosco, oder ist es Dilger selbst, der neue Pfade weist? Jedenfalls glaubt Dilger aus dem Geist des kühnen Bosco heraus seine eigenen Vorschläge zu machen. Sie werden die Diskussion provozieren und wollen es. Aber nicht eine unverbindliche Spiegelfechterelei soll vom Zaune gerissen werden. Dafür ist die Frage nun einmal zu ernst. Dilger gibt sich nicht zufrieden mit ausweichenden Antworten oder dem Pochen auf Erfahrung, wo die Erfahrung anklagt. Der Gedanke der Präventiv-Methode wird nicht bloss konsequent durchgedacht, sondern in konkrete Formen gegossen. Wer fürs heutige Leben erziehen will, darf die Jugend nicht abdichten, er muss sie immunisieren, muss ihr in vernünftigem Masse die Impfstoffe geben, durch saubere Auseinandersetzung mit dem modernen Atheismus, Rationalismus, Indifferentismus, Irrationalismus. Darüber hinaus fordert dieser optimistische Erziehungsgeist, der die Aehnlichkeit von Boscos Erziehungsanstalten mit den englischen Colleges und Landschulen betont, die «*école nouvelle*». Jene Verbindung von Schule, Familie und Leben, die den lebendigen Punkt im Schüler entdeckt und ihn über den Weg eines wirklich organischen Wachstums zur Reife führen kann. Alle Treibhausluft ist verpönt, aller Bildungsmaterialismus, der heute fast unterschiedslos sämtliche Schulen

und Schultypen beherrscht, wird in dieser Schule ausgeschaltet. Kurz, Dilger spricht nicht immer nur von der «Krise der Erziehung und der Schule», er weist Wege, endlich diese Krise zu meistern. Der katholische Leser wird überrascht sein, wenn schliesslich sogar für eine gewisse Koedukation plädiert wird, freilich «in anderer Art, als sie meist verstanden und geübt wird», d. h. nicht aus dem naturalistischen Geiste der Zeit heraus. Solche für traditionelles Denken sehr weitgehende Folgerungen lassen sich nur vom Mittelpunkt des neuen Erziehungsdenkens Dilgers begreifen: Erziehung ist eigentlich immer nur möglich aus dem Geiste der Familie heraus. Hier trifft er sich mit allen grossen Erziehern der Neuzeit, vor allem mit Pestalozzi und Don Bosco selbst. Die möglichste Angleichung der Erziehungssituation an die gesunde Grossfamilie ist die wesentlichste Forderung. Und damit wären wir wieder bei dem angelangt, was in Yvendon Carl Günther gemeint hat, wenn er eine Neu-Organisation unseres Erziehungs- und Bildungswesens verlangt. Alle die Gefahren, von denen Burger und Dilger schreiben, stammen zum grössten Teil nicht aus der Internats-Situation als solcher, sondern aus dem heutigen Kasernen-Charakter der meisten Internate. Und zur Kaserne wird der geschlossene Anstalts-Betrieb fast notwendig, sobald die Zahl der zu Erziehenden die Kraft der Erzieher übersteigt. Alle die guten Vorschläge Burgers und Dilgers zur Gefahren-Begegnung und Gefahren-Umwandlung lassen sich nur in gelockertem Betrieb eines Klein-Internates durchführen, oder höchstens noch in jenen Gross-Internaten, die sich zum Pavillon-System und zur Aufgliederung der Masse durch kleinere Erziehungsgemeinschaften um die Erzieherpersönlichkeit herum bekennen.

Damit aber stehen wir vor einem Kardinalproblem der Erziehung. Sollen die ökonomischen Verhältnisse diese notwendigste Reform verhindern? Sollen familienähnliche Schul- und Erziehungsheime das Privileg für eine kleine Oberschicht bleiben? Es geht zunächst um jene 25 % unserer Jugend, die in dem Grossinternat Schaden leidet, aber auch um die 75% der anderen, die im Klein-Internat eine organischere Entwicklungszeit erleben könnten. Letztlich aber ist es eine Kulturfrage geworden. Frühere Jahrhunderte waren weniger differenziert, konnten von stärkeren christlichen Substanz-Reserven zehren. Unsere Epoche ist geschüttelt vom Fieber der politischen, sozialen Auseinandersetzungen, sie ist innerlich unterminiert und weltanschaulich-religiös haltlos. Da gilt es unsere Jugend in jenem «*Prevenire*» zu formen, das Lebensnähe und Wagemut schenkt, das allein nebst der übernatürlichen Hilfe den ewigen Wahrheiten neue Stosskraft gewähren kann. Es gilt den Mut zu haben, neue Wege zu gehen, aus jenem Geist heraus, der das Angesicht der Erde immer wieder neu formen möchte.

Ex urbe et orbe

Menschenrecht in Menschenhänden

Eine Charta der Menschenrechte

Der Exekutivrat der katholischen Vereinigung Amerikas für den internationalen Frieden sandte an den Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Mr. James E. Byrnes, ein Schreiben folgenden Inhalts:

Der Exekutivrat der Vereinigung fordert:

1. Die Ausarbeitung einer Charta der Menschenrechte.

2. Die Aufnahme einer Charta der Menschenrechte in die Friedensverträge und in die Gesetze der verschiedenen Länder der Vereinigten Nationen.
3. Die Einsetzung einer dauernden internationalen Kommission zum Schutze der Menschenrechte...

Nach neuesten Nachrichten hat der Generalsekretär der Vereinigten Nationen, Trygve Lie, an alle Mitgliedstaaten der UNO das Ersuchen gerichtet, Stellung zu nehmen zur Errichtung von Menschenrechtsausschüssen. Der Einladung Trygve Lies liegt der Plan zugrunde, eine Charta der Menschenrechte zustandezu-

bringen, auf die sich alle oder wenigstens eine Mehrheit der Mitgliedstaaten der Vereinigten Nationen verpflichten.

Man braucht nur wenig Realpolitiker zu sein, um die Dringlichkeit dieses Planes zu begreifen. Wohl hatten sich die Vereinigten Nationen schon auf der Konferenz von San Franzisko für den Schutz der Menschenrechte verpflichtet. Der erste Satz des von allen unterzeichneten Statuts heisst: «Wir, die Völker der Vereinigten Nationen, sind entschlossen, künftige Generationen von der Kriegsgeißel zu bewahren... und den Glauben an die Menschenrechte, an die Würde und den Wert des Menschen... zu bekräftigen» (Präambel). Die heutige Situation ist aber so: Während jeder Staat das Wort Freiheit und Demokratie auf seine Fahnen schreibt und die Menschenrechte laut proklamiert, laufen täglich aus verschiedensten Ländern, nicht nur aus Spanien, sondern gerade auch aus Mitgliedstaaten der Vereinigten Nationen, Meldungen ein, die von der Verletzung der primitivsten Menschenrechte reden. Die Begriffe: Glaubensfreiheit, Redefreiheit, Eigentum, persönliche Sicherheit werden mit Inhalten gefüllt, die weit abliegen von den amerikanischen «Declarations of rights» oder der französischen «Declaration des droits de l'homme», diesen klassischen Formulierungen der Menschenrechte, die im 18. und 19. Jahrhundert fast in alle Staatsverfassungen Eingang gefunden haben. An verschiedensten Orten ist eine neue Tyrannis im Entstehen, während man eben erst den Sieg über die Tyrannis gefeiert hat.

Bürgerschaft der Menschenrechte

Es ist darum verständlich und begrüßenswert, dass ernste, verantwortungsbewusste Männer in hohen Stellungen, die es mit der Realpolitik zu tun haben, alles daran setzen, bessere Bürgerschaft für die unveräusserlichen Menschenrechte zu schaffen. Man ist zwar recht skeptisch, ob dies gelingen wird. Man weist mit Recht darauf hin, dass noch viel elementarere Rechte mit Füßen getreten werden, ohne dass man auch nur wagt, die Debatte darüber auf einer Konferenz zu beginnen. Bekanntlich wurde in der Atlantik Charta (14. August 1941) erklärt, dass «keine territorialen Veränderungen angestrebt werden, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der beteiligten Völker übereinstimmen» (Artikel 2). Es soll das Recht der Völker respektiert werden, «jene Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es sollen die souveränen Rechte und autonomen Regierungen allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrisen worden sind» (Artikel 3). Im russisch-amerikanischen Abkommen vom 11. Juni 1942 schloss sich die Sowjetunion feierlich dieser Erklärung an. Bis heute aber haben die baltischen Staaten ihre Freiheit nicht wieder erhalten, sie sind als Sowjetrepubliken Russland einverleibt, und die Bolschewisierung wird mit drakonischen Mitteln durchgeführt, um für immer sicher zu sein vor einem «Verrat am Slawentum». — Die baltischen Staaten hatten in den 22 Jahren ihrer Unabhängigkeit die Fähigkeit zum Aufbau eines geordneten und blühenden Staatswesens unter Beweis gestellt. Dass sie in Freiheit leben wollen, haben die gewaltigen Kämpfe für die Unabhängigkeit und der tapfere Widerstand gegen jede fremde Besetzung in den Jahren 1941 bis 1944 bewiesen. 300,000 Balten sind 1944 vor der roten Armee geflohen, um dem Regime zu entgehen, das sie in der ersten Besetzungszeit 1940/41 200,000 Opfer gekostet hat. Sie warten auf ihre Freiheit und auf ihr Recht. Doch die Welt schweigt!

Trotz der geringen Hoffnung, die man sich von einer Charta der Menschenrechte angesichts einer nüchternen Weltbetrachtung macht, scheint es dennoch unbedingt wünschenswert, dass eine genauere Formulierung und eine internationale Ueberwachungskommission gefordert wird. Die Geister werden sich scheiden müssen. Es wird sich aber auch einmal mehr erweisen, dass Menschenrechte nicht einfach diktiert werden können, so wenig eine Demokratie diktiert werden kann, wenn die Menschen nicht reif dazu sind. Die Respektierung der Menschenrechte wird erst dort gewährleistet sein, wo sie aus dem sittlichen Bewusstsein der Bürger entspringt. Die Menschenrechte müssen zum sittlichen Imperativ des Einzelgewissens werden.

Das Ende einer Tragödie?

Unter dem «Jubel des Parlaments» verkündete vor 14 Tagen Innenminister Nosek in Prag, die Aktion zur Ausweisung der Deut-

schen aus der Tschechoslowakei sei zum Abschluss gekommen. Dazu schreibt die österreichische Kulturzeitschrift «Die Furche» (2. November 1946, Nr. 44): «Die grösste Tragödie Mitteleuropas geht damit ihrem Ende entgegen: rund drei Millionen Menschen haben das Land des Marbods als heimatlose Bettler wieder verlassen. Was heute noch von der ursprünglichen Bevölkerung der Grenzgebiete der tschechoslowakischen Republik zurückgeblieben ist, lebt in nationalen Mischehen oder ist bei den Arbeiten tief unter der Erde unentbehrlich.»

Die Ausweisung wäre einigermassen noch verständlich gewesen, wenn das tschechische Volk selber Raum und Land gebraucht hätte. Zufolge der Ausweisung ist im tschechischen Grenzgebiet eine richtige Krise eingetreten. Es fehlen im Grenzland etwa 700,000 Menschen, da die Rückwanderung der Auslands tschechen lange nicht den Erwartungen entsprochen hat. Schon vergangenen März schrieb das Organ der mährischen Sozialdemokratie, dass von den erwarteten 400.000 bis 500.000 Nationsgenossen nur ungefähr 30,000 zurückgekehrt seien. Man gibt in der Presse offen zu, dass die Repatriierung «sich als schwerste Sünde erwies, die die Republik in diesen Zeiten begangen habe». Die Bevölkerung der Tschechoslowakei hat durch die Aussiedlung eine Verminderung um rund 25 Prozent ihres Bestandes von 1930 erfahren. Durch die fast völlige Räumung des Grenzgebietes droht ein Niemandland zu entstehen. Mit allen Mitteln wird versucht, die Grenzgebiete mit Inlandsiedlern und Repatriierten bis zur Höhe von 75 Prozent des Standes von 1930 anzusiedeln. Es gibt heute aber Gebiete wie St. Joachimsthal, die nur zu einem Drittel oder wie Falkenau sogar nur bis zu einem Zehntel besiedelt sind. Darum beginnt man bereits mit der für Europa ungewöhnlichen Art der Aufzucht jener Gebiete, die auf keinen Menschen mehr hoffen dürfen.

Dies ein Beispiel zeigt mit erschreckender Klarheit, zu welcher Farce «der Sieg des demokratischen Gedankens» heute geworden ist, und wie wir weit hinter den ersten Weltkrieg zurückgefallen sind. Nach dem ersten Weltkrieg wurden die Minderheiten der meisten Staaten unter den Schutz des Völkerbundes gestellt. Bestimmungen zum Schutz der Minoritäten wurden in die Friedensverträge mit Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei aufgenommen. Eigene Minderheiten-Schutzverträge, die von den Hauptsiegerstaaten unterzeichnet worden sind, wurden abgeschlossen mit Polen, der Tschechoslowakei, mit Südslawien, Rumänien und Griechenland. Die Staaten mit Minoritäten sollten allen ihren Untertanen «ohne Unterschied der Geburt, der Nationalität, der Sprache, der Rasse und Religion»... «vollständigen Schutz des Lebens und der Freiheit» gewähren. In einem Schreiben, das der französische Ministerpräsident Clémenceau im Namen der alliierten Siegerstaaten am 24. Juni 1919 an den «unzufriedenen» polnischen Ministerpräsidenten Paderewski sandte, wird hervorgehoben, dass der Minderheitenschutz «ein seit langem im öffentlichen Recht Europas eingehaltenes Verfahren» sei.

Unserem Jahrzehnt war es also vorenthalten, dieses «öffentliche Recht Europas» und diesen «Ausdruck wahrer Humanität» rückgängig zu machen. Sicher kein Fortschritt! Wenn man von den nationalsozialistischen Umsiedlungsmethoden absieht, muss man Jahrhunderte zurückgehen, bis man auf solche brutale Völkerverschiebungen stösst. Man muss gar nicht allen Einzelberichten über Tragik und Schicksal der Auswanderer oder besser der Vertriebenen glauben, das eine steht fest, das Menschenantlitz wird wieder geschändet. Unmenschlich bleibt es, ohne Not und Bedrohung Tausende und Abertausende an die Grenze zu stellen und sie in Hunger und Elend hineinzujagen. Unmenschlich ist es, ganze Landschaften zu entvölkern, wo die Vertriebenen kaum ein Dach über dem Haupt finden. Primitiver kann man sich die Lösung des Minderheitsproblems nicht vorstellen als es heute durch die gewaltsamen Auswanderungen geschieht. Es ist ein Besorgnis erregendes Symptom der grossen Zerrissenheit der abendländischen Völkerfamilie. Die Scheidewände, die jetzt gewalttätig zwischen den Staaten aufgerichtet werden, werden die Völkerversöhnung schwierig machen. Es ist sehr fraglich, ob die Zwangsausweisung von Millionen wirklich das Ende der ersten Tragödie bildet oder ob sie nicht erst deren Anfang ist.

Gewiss kann man darauf hinweisen, dass das nationalsozial-

stische Deutschland ebensolche Methoden praktiziert hat, vor den anderen, und dass damals nicht einmal ein Schein einer «gerechten Vergeltung» vorhanden war. Aber das kann diese Methoden und gar ihre Ausübung an ganzen Volksgruppen doch nicht rechtfertigen und kann noch weniger beweisen, dass die Methode «Aug um Aug, Zahn um Zahn» eine Methode ist, die zum Frieden führt!

Zwangsarbeiter für das Arbeiterparadies

Wenige Stunden nach dem Urnengang der Deutschen in der russisch besetzten Zone begannen die russischen Besatzungsbehörden mit einer genau geplanten Demontierung von Fabrikanlagen und der Deportation von deutschen Arbeitern nach der Sowjetunion. Dass die Abreise der Arbeiter nicht in allen Fällen freiwillig erfolgte, zeigte die Durchführung der Aktion. Die Fabriken und Häuser der für die Verschickung bestimmten Leute wurden nachts von Militär umstellt. Innerhalb weniger Stunden mussten die Betroffenen ihre Habe packen und unter strenger Bewachung die lange Reise in den unbekanntesten Osten antreten. — Solche Sicherheitsmassnahmen wären wohl unterblieben, wenn man der Freiwilligkeit der Ostfahrer sicher gewesen wäre!

Nach einem Bericht der United Press, der sich auf Erklärungen hoher Beamter der amerikanischen Militärregierung stützt, sollen 150,000 gelernte deutsche Arbeiter und Techniker nach Russland deportiert worden sein. Die englischen Besatzungsbehörden schätzen die Zahl der Verschickten auf 210,000 (NZZ 29. Okt. Nr. 1951). Unter den Deutschen herrscht begreiflicherweise Empörung. Man weist darauf hin, dass die Angeklagten in Nürnberg wegen ähnlichen Aktionen vor der ganzen Welt verurteilt wurden!

Aber auch unter den Westmächten hat die zwangweise Verschickung von Arbeitern grosse Erregung hervorgerufen. Die schärfsten Proteste kamen nicht zuletzt aus gewerkschaftlichen und sozialistischen Kreisen, die nun um eine Enttäuschung aus dem Arbeiterparadies reicher wurden. Man kann nicht mehr hinter dem Berge halten mit dem Geständnis, dass die «Herabwürdigung des Arbeiters zur Ware», die «Entmenschlichung des Menschen» gerade unter dem russischen Regime rapide Fortschritte macht. Ernüchtert muss man feststellen, dass der Sowjetstaat den Arbeitern — einheimischen wie ausländischen — gerade jene Kondition gnadenlos aufzwingt, die er durch die Revolution von 1917 abzuschaffen hoffte. Es zeigt sich immer mehr, wie Russland sich im Wettbewerb mit anderen Staaten zu einem Grossunternehmer, zu einem Superkapitalisten entwickelt, wo gerade das eintritt, wovon Karl Marx warnend seine Stimme erhoben hat: der dem Produkt seiner Arbeit entfremdete Mensch wird zum Sklaven des in starkem Konkurrenzkampf stehenden Unternehmertums (cf. Weltwoche 1. Nov. 1946). Die Diskrepanz zwischen der verheissungsvollen Theorie, die von einem Arbeiterparadies spricht, und der harten Praxis, die Arbeiter aus dem Schlafe holt und in plombierten Wagen Tausende von Kilometern in unbekannte Fernen führt, stimmt auch in Arbeiterkreisen allmählich nachdenklich.

Deportation oder Reparation?

Unter den sozialistischen Stimmen scheint allein die «Berliner Tagwacht» warme Worte der Verteidigung gefunden zu haben — man weiss nicht, aus blinder Liebe zum «Führer aller Arbeiter» oder aus blindem Hass gegen die Deutschen. In einem Leitartikel vom 4. November schreibt Arthur Seehof: «Es geht nicht um Deportation, sondern um Reparation.» «Und Reparationen gehören nun einmal mit zur modernen Kriegführung. Der eine nimmt sie in solcher, der andere in anderer Form.» Warum sollen «deutsche Facharbeiter nicht mithelfen»... die «Schäden dort, wo sie angerichtet sind, zu reparieren, ganz gleich, ob es diesen Arbeitern zusagt, für einige Jahre im Ausland tätig zu sein, oder nicht?» «Es ist unbestritten, dass die nationalsozialistische ... Reichsregierung Fabriken und Menschen, Arbeiter und Arbeiterinnen, aus der Sowjetunion abtransportiert hat; und wenn nun die Russen in Deutschland das gleiche tun, so nehmen sie lediglich zurück, was ihnen gestohlen wurde.»

Man möchte fast erschrecken, dass heute, kaum ein Monat nach der Vollstreckung des Nürnberger Urteils, eine solche Mentalität schon wieder Platz greifen kann. Es handelt sich bei den

Deportationen nicht darum, ob die anderen Gleiches getan — die anderen haben inzwischen für diese Schandtat mit dem Tode am Galgen geübt — sondern es geht um Recht oder Unrecht der ganzen Aktion. Bei der Zwangsverschickung, so lautete doch das Nürnberger Urteil, handelt es sich um die Verletzung unangreifbarer Menschenrechte, die dem letzten Arbeiter zukommen. Es geht hier um die Würde und die Freiheit der menschlichen Person, um Rechte, die nicht angetastet werden dürfen, sei es Freund oder Feind. Wer diese Rechte nicht achtet, ist auf dem geraden Weg, den Menschen zu versklaven. Darum sollte dem letzten Sozialisten, dem doch keine Parole so ernst ist wie «Befreiung des Menschen», die Empörung der Welt über die Zwangsverschickung deutscher Arbeiter wirklich nicht «unbegreiflich» sein. Die Gewalttätigkeit muss einmal ein Ende nehmen. Der englische Kulturkritiker George Orwell schrieb kürzlich, das grösste Unglück der Welt besteht darin, dass sie sich in einem Kreislauf der Gewalttätigkeit bewegt. Er meint darum — und wir müssen ihm wohl vorbehaltlos zustimmen: «Der erste Schritt der Gesundung ist der, den Kreislauf der Gewalttätigkeit zu unterbrechen.»

Buchbesprechungen

Walter Nigg: «Grosse Heilige». Zürich, Artemis-Verlag 1946. Mit 8 Bildern und 1 Faksimile. 441 Seiten. Fr. 21.—.

Es handelt sich um ein sehr beachtenswertes und erfreuliches Buch eines Protestanten. Ob es mit ökumenischem Nebenzweck geschrieben wurde oder nicht, seine tatsächliche Haltung ist ökumenisch im besten Sinne und von einem Nichtkatholiken so geschrieben, wie wir wünschen möchten, dass alle — ohne geringste Verleugnung ihres religiösen Gewissens — über Catholica sprächen. Auf Gegenseitigkeit! Vergleiche hierüber unseren Bericht über die «Una Sancta» in Deutschland in Nr. 18 der «Apologetischen Blätter» vom 30. September dieses Jahres. Seines Zeichens Kirchenhistoriker an der Zürcher Universität und Pfarrer in Dällikon, bekundet W. Nigg in seinem Werk, das aus akademischen Vorlesungen entstanden ist (und ein früheres Gegenstück in seinem Buche «Religiöses Denken» hatte) einen ausgesprochenen Sinn für das Seelenleben von grossen religiösen Persönlichkeiten. Und das sind auch für seine Erkenntnis in erster Linie katholische Heilige.

Wenn er auch in allen seinen Ausführungen stets glaubt, Religiosität und Kirchenglauben trennen zu müssen und niemals zu jenem tief katholischen Kirchenbegriff vom corpus mysticum vordringt, sondern Christentum und Konfessionen gerne gegeneinander ausspielt, so hat er doch sogar den bewundernswerten Mut, in der grundsätzlichen Einleitung zu schreiben, dass «die katholische Kirche sich bis dahin als der fruchtbarste Nährboden für Heilige erwiesen hat». Wenn es der wesentliche Sinn und die Bedeutung der Religion und Kirche in der Menschheit ist, das Heilige im Menschen aufzurufen, mit andern Worten, Heilige zu zeugen und zu erziehen, so ist eine solche Erkenntnis, wie der Verfasser sie ausgesprochen, wahrlich beachtenswert. Wir sagen das nicht in der Meinung, es gehe im Leben alles rein logisch zu und das Gesamtproblem Kirche sei damit für einen Protestanten notwendig bereits entschieden — und noch weniger, um «uns zu rühmen», als wären wir, was wir sein sollen, wohl aber uns in der katholischen Kirche bei der «Mutter der Heiligen» und im Religiösen am rechten Orte für das Heil zu wissen.

Die einzelnen Bilder sind mit wissenschaftlicher Gediegenheit und zugleich hoher künstlerischer Schönheit gezeichnet. Die Stärke des Verfassers ist offensichtlich das Psychologische, und besonders für die Erfassung des Seelenlebens der grossen Heiligen bringt er hervorragende, bei einem Protestanten nicht alltägliche Qualitäten mit. Die dramatischen Spannungen ihres Lebens weiss er gleich eindrucksvoll zu gestalten wie die kontemplative Stille im Leben Theresias und Johannes vom Kreuz, den innigen Franz von Assisi so gut wie den Dämonenschauern umgebenen Pfarrer von Ars, den Kometen am Heiligenhimmel, Jeanne d'Arc, so gut wie das göttliche Lächeln der kleinen Theresia von Lisieux, von der er sich mit dem Gefühl verabschiedet,

sie habe ihm eine ihrer «Rosen» auch auf seinen Arbeitstisch gestreut.

Es scheint uns, dass in der Bewertung des Kirchlichen im Leben der Heiligen dem Psychologen nicht bloss ein dogmatischer, sondern auch ein erheblicher psychologischer Irrtum unterlaufen ist. Ueber die dogmatische Seite der Kirchenfrage wollen wir nicht weitere Ausführungen machen, obschon die Wahrheitsfrage gerade dort, wo es sich um den höchsten Typ des Menschlichen handelt, von besonderer Bedeutung ist. Psychologisch gesehen spielt die Kirche dem Heiligen in dreifacher Beziehung eine besondere Rolle. Der Heilige steht mit einer solchen Ehrfurcht vor Gott, liebt ihn so tief und weiss sich selbst derart als den Empfangenden, dass er mit ganzer Seele strebt, von Gott, dem Heiligen und Unsichtbaren, so viel und so Sicheres wie möglich zu erfahren. Der Heilige findet die Klarheit und Sicherheit seines Glaubens vor allem in der Lehre seiner Kirche. Darum hängt er mit so grosser Inbrunst an der Bibel und an der Verkündigung des Wortes Gottes, weil er nach Kräften bestrebt ist, alles bloss Subjektive, Eigene, beschränkt Menschliche immer mehr auszuscheiden, und Gott so zu sehen, wie Gott wirklich ist und wie er sich ihm zeigen will. Darum empfindet der Heilige das Dogma und die übrige Kirchenlehre nicht als Last, die er annehmen «muss», sondern als Gnade und als Offenbarung, als Geschenk, das ihm von Gott dargeboten wird. Weiter empfindet der Heilige seine eigene Läuterung, sittliche und religiöse Vollendung nicht so sehr als eigenes Werk (meist sogar eher als eigenes Versagen, im besten Fall als das Verschwinden des Eigenen), sondern als Einströmen des Göttlichen in sein Leben. Weil dieses Einströmen nicht als eigenes Erleben (was der Heilige ja gerade fürchtet), sondern als objektives Geschehen, als Schenken von Seite Gottes verstanden wird, darum dankt er auch so sehr für die Sicherheit und Klarheit, wo dieses Geschehen ihm objektiv entgegentritt. Daher die grosse Ehrfurcht der Heiligen vor der objektiven Gnadenvermittlung durch die Sakramente der Kirche. Der Heilige stellt unbedenklich alle Erscheinungen und Entzückungen vor den Sakramenten und Lehren der Kirche zurück, nicht aus Gewissenszwang und Gesetzesangst, sondern wegen der restlosen Hingabe an das göttliche Wirken, Lehren und Vollenden, das ihm objektiver, sicherer und — wegen der unmittelbaren Verbindung mit der Menschwerdung des göttlichen Wortes — auch göttlicher in Sakrament und Dogma gegeben ist als im subjektiven Erleben.

Noch ein Drittes ist beizufügen. Die Hauptproblematik des modernen Menschen scheint uns in der Gefahr des Skeptizismus zu liegen. Er muss seine besten Geisteskkräfte darauf verwenden, die Wahrheitsfrage zu lösen. Beim gläubigen Heiligen ist es anders. Die Wahrheitsfrage ist für ihn im wesentlichen gelöst. Er strebt mit ganzer Seele darnach, aus der Wahrheit zu leben. Nicht das Wissen, sondern das Lieben ist ihm das Wichtigste. Nicht so freilich, als ob das Wissen ihm gleichgültig wäre, wie man das so oft versteht, und wie vielleicht da und dort auch Nigg geneigt sein könnte anzunehmen — wie könnte auch ein Heiliger, der das Göttliche existentiell ernst nimmt, der göttlichen Wahrheit gegenüber gleichgültig sein — sondern deswegen, weil er schon fest im Glauben steht, und die Wirklichkeit Gottes ihm nicht mehr ein Wissensproblem, sondern schon ein Lebensproblem darstellt. Der Heilige fängt sozusagen dort schon an, wo der moderne Mensch (zumal der Nordische) erst am Ende des Lebens aufhört.

Vielleicht gibt es dem Verfasser auch zu denken, dass die katholische Kirche nicht bloss am meisten Heilige hervorgebracht hat, sondern dass sie das Heilige und die Heiligen auch am meisten ehrt!

Als Protestant sieht Nigg die katholischen Heiligen nicht als «himmlische Fürbitter», sondern verehrt sie als religiöse Persönlichkeiten, Vorbilder des christlichen Lebens. Aber nichts hindert ihn, sie als solche mit einer spürbaren Pietät und Liebe zu betrachten. Bei aufmerksamer Lesung wird man nichts finden, was einen katholischen reifen Leser verletzen könnte. Und das verdient wahrlich bei uns zulande eine besondere Anerkennung.

Gewiss, ein katholischer Biograph würde die eine oder andere Nuance der Charakterisierung hier etwas zurückhaltender, dort etwas kräftiger bemessen. Die Ueberschrift beim Pfarrer von Ars sieht auf den ersten Blick herausfordernd aus, ist aber ganz

anders gemeint, wie man bald erkennt. Und die nüchterne psychologische Schätzung des natürlichen Erbes beim seligen Niklaus von Flüe kann man füglich mit einem Fragezeichen versehen — aber die Darstellung ist durchwegs von einer sympathischen Wärme und steigert sich zuweilen zu einer Ergriffenheit, die wir bei Protestanten gegenüber den Heiligen sonst nicht gewohnt sind. Und doch ist Nigg ein sogenannter kritischer Theologe: frühere Erscheinungen aus seiner Feder bezeugen es zur Genüge. Täuschen wir uns, wenn wir vermuten, die Würdigung des Religiösen, des «Göttlichen im Menschen» würde ihn bei der Schilderung eines hinduistischen Heiligen mit ähnlicher Einfühlungsgabe und mit ähnlicher Verehrung sprechen lassen?

Aber das soll dem Lob des vorliegenden Werkes keinen Eintrag tun. Es kann jedem gebildeten Katholiken empfohlen werden — um so mehr möchte man es unter Protestanten verbreitet sehen, und mit Nutzen würden katholische Leser das Buch ihren protestantischen Bekannten zur Lesung empfehlen. Die Auslage würde sich lohnen, und vielen «täte es gut».

France prends garde de perdre ta Liberté. Par G. Fessard, Auteur de «France, prends garde de perdre ton Ame» (Premier Cahier clandestin du Témoignage chrétien). Editions du Témoignage chrétien, 30, rue de Gramont, Paris (2e).

Eine sehr scharfe, aber auch scharfsinnige Darstellung des Kommunismus in seiner Feindschaft gegen Freiheit und Menschenwürde. Mit vielen Zitaten, aber auch mit tiefen grundsätzlichen Auseinandersetzungen zeigt P. Fessard in einem I. Teil, dass der Kommunismus als Lehre wie als Wirklichkeit 1. antichristlich, 2. antinational, 3. antihuman ist. Im II. Teil werden die kommunistischen Methoden zur Gewinnung der Massen und der Macht analysiert, im III. Teil die Anwendung der Taktik und die ersten Resultate dargestellt. Wenn auch in erster Linie französische Beispiele angeführt werden, so sind doch die Ausführungen so grundsätzlich und wesentlich, dass sie allgemein gültig sind und durch die Vorgänge in Osteuropa — so weit wir sie überhaupt kennen — nur allzusehr bestätigt werden!

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, dass die «Apologetischen Blätter» jetzt

nach der britischen Zone Deutschlands lieferbar

sind.

Aber Versand nur durch die Administration und Bezahlung nur in der Schweiz und in Schweizerfranken.

Wer von der Gelegenheit, Verwandten, Freunden und Bekannten in der britischen Zone Deutschlands unsere Zeitschrift zu vermitteln, Gebrauch machen will, richte die Bestellung an die Administration der «Apologetischen Blätter», Zürich 1, Auf der Mauer 13.

Aus zahlreichen Zuschriften und Bestätigungen wissen wir, dass deutschen Katholiken unsere apologetischen Orientierungen und weltanschaulichen Informationen aus aller Welt sehr willkommen sind.

«Apologetische Blätter»

Abonnementspreise:

Schweiz

jährlich Fr. 8.60, halbjährlich Fr. 4.40, vierteljährlich Fr. 2.30

Oesterreich

Halbjährlich S. 6, vierteljährlich S. 3.20.

Einzahlung an: Herrn Himmel, Exerzitienhaus, Feldkirch.